ich-bin-sauarm-Preis: **€0,50**; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **€1**; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €**100**;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 30 ★ September/Oktober 2008 ★

Rassismus bekämpfen!

Gegen den Anti-Islam-Kongress!

Stoppt den RassistInnen-Kongress in Köln!

Schluss mit der Besatzung Afghanistans!

Den Alltagsrassismus der BRD bekämpfen!

WWW.REVOLUTION.DE.COM

Jetzt mit 16 Seiten! ★ Europäisches Sozialforum ★ Schülerproteste in Chile ★ Noten abschaffen?

Liebe Revo...

Naziaufmarsch in Neukölln

Am Samstag, den 23. August haben die Nazis es mal wieder gewagt, durch Berlin zu marschieren. Unter dem Vorwand, gegen den Bau eines Hindutempels zu demonstrieren, versammelte sich ein trauriger Haufen von ca. 100 FaschistInnen in Süd-Neukölln. Diese Provokation blieb nicht unbeantwortet und so versuchte ein lautstarker Haufen von AntifaschistInnen den Aufmarsch zu verhindern oder zumindest zu stören. Durch den beherzten Einsatz der deutschen Polizei konnten die Nazis jedoch ihre komplette Demonstrationsroute ablaufen.

von biber, Revo Berlin





Neues Programm: Grundsatzpositionen

Während des REVOCAMPs in Liberec wurde eine internationale Konferenz der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION abgehalten. Unsere zentrale Aufgabe war die Ausarbeitung eines neuen Programms, denn in unserem alten, aus dem Jahr 1999 stammenden Programm fehlten logischerweise die Erfahrungen der letzten zehn Jahre.

Nach einer Debatte, die sich über mehrere Tage erstreckte – rund 100 Änderungsanträge, die auf Versammlungen im Vorfeld der Konferenz entwickelt worden sind, mussten durchdiskutiert werden – haben wir die *Grundsatzpositionen* beschlossen. In diesem Dokument versuchen wir, unsere Ansichten zum Staat, zur ArbeiterInnenklasse, zum Stalinismus usw. und unsere Strategie zur Überwindung des Kapitalismus in knapper Form zu präsentieren.

Wir möchten die *Grundsatzpositionen* diskutieren – auch mit dir! Du findest den Text im Internet (auf Deutsch, Englisch und Tschechisch – weitere Übersetzungen werden vorbereitet) sowie als eine kleine Broschüre.

erhältlich von Revo für 1€ – mehr Infos auf S. 15

Seminar zu Palästina-Israel

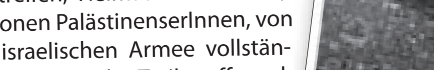
Am 16. August organisierte REVOLUTION ein Bildungsseminar in Berlin über den Konflikt in Palästina-Israel – nur für Mitglieder und SympathisantInnen, damit intensiv aber auch solidarisch diskutiert werden könnte.

In der ersten Hälfte des Tages gab es historische Vorträge: über die Geschichte des Antisemitismus und der zionistischen Bewegung sowie über den 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels. Die zweite Hälfte bestand aus Vorträgen über die aktuelle Situation: die Perspektiven für die Region (ob RevolutionärInnen für zwei Staaten oder für einen demokratischen, sozialistischen Staat eintreten sollen) und über Antisemitismus in der Linken bzw. wie damit umzugehen ist. Die Diskussionen waren sehr ausführlich, so dass wir unseren Zeitplan maßlos überzogen haben.

von Wladek, Revo Berlin

Free Gaza!

Seit über einem Jahr wird der Gaza-Streifen, Heimat von etwa 1,5 Millionen PalästinenserInnen, von der israelischen Armee vollständig abgeriegelt. Treibstoff und Medizin werden immer knapper, die Wirtschaft und die Infrastruktur brechen zusammen, und nur ganz Wenige dürfen das Gebiet verlassen (für medizinische Behandlung, für ein Studium im Ausland usw.)



Doch letzte Woche habe zwei Schiffe diese Blockade durchbrochen: die „Liberty" und die „Free Gaza" segelten von Zypern nach Gaza, und aufgrund der hohen Zahl von internationalen AktivistInnen an Bord musste die israelische Marine sie durchlassen. Diese symbolische Aktion soll die Forderung nach einem Ende der Blockade bekräftigen.

alle Infos ☛ www.freegaza.org

Wohin geht Venezuela?

Die neue Broschüre von REVOLUTION bietet einen „Beitrag zur internationalen Debatte über Chávez, seine Partei und die Rolle der ArbeiterInnenklasse".

Denn die gesamte Linke in der gesamten Welt redet über Venezuela. Vor allem nach dem Scheitern des Regierungslagers beim Referendum über die Verfassungsreform stellt sich die Frage: Ist die Regierung von Hugo Chávez sozialistisch? Was sind die Perspektiven für den Sozialismus in Venezuela?

Auf 28 Seiten gibt es Artikel über die Massnahmen gegen den Fernsehsender RCTV und die Gründung der neuen Partei PSUV, sowie einen Aufruf der „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei". Diese Broschüre ist über unsere Kontaktadressen und kostenlos im Internet erhältlich.

„Wohin Geht Venezuela?" – erhältlich von Revo für 1,50€

Wo ist dein Bericht oder Leserbrief?
Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

STOPpt den Rassisten-Kongress in Köln!

RechtspopulistInnen wollen sich am 19./20. September treffen

Am 20. September 2008 wollen zahlreiche Rechtspopulisten aus ganz Europa einen Kongress in Köln abhalten. Sie wollen darüber sinnieren, wie sie die angebliche „Islamisierung“ und „Türkisierung“ des christlichen Abendlandes aufhalten können.

Organisiert wird dieses Festival der Intoleranz von der rechten Wahlvereinigung „Pro Köln“, die sich ursprünglich als AnwohnerInneninitiative gegen den Bau einer Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld gegründet hatte. „Pro Köln“ vereint als Interessengemeinschaft verschiedene politische Denkrichtungen und AktivistInnen. Gemeinsam ist diesen jedoch die Ablehnung und Abwertung von Menschen mit Migrationshintergrund, sowie deren Religion und Kultur.

Rechte in Europa

In Zeiten, in denen die Regierungen und Armeen der westlichen Welt Krieg gegen islamische Länder führen – beispielsweise die Bundeswehr in Afghanistan – sowie permanent muslimische Menschen in den Medien als Sündenböcke für alle möglichen gesellschaftlichen Verfehlungen angeprangert werden, können rechte Wahlvereine à la „Pro Köln“ einen regen Zulauf verzeichnen. Unterstützung erhalten sie dabei vor allem aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, in der – erstens – in Anbetracht einer wachsenden Unter- schicht, Abstiegsängste verbreitet sind und die – zweitens – den sozialen Aufstieg von Menschen aus der muslimisch geprägten Unterschicht befürchten.

Vereine wie „Pro Köln“ sind kein rein innerkölnisches oder innerdeutsches Problem. In fast allen europäischen Ländern gibt es mittlerweile einflussreiche Parteien, deren angebliches Patentrezept die Entrechtung und Vertreibung aller Menschen ist, die nicht in ihr Weltbild passen. Genau diese wollen sich im September in Köln ein Stelldichein geben.

Widerstand gegen dieses MenschenhasserInnentreffen ist zwingend notwendig. Schon jetzt werden in Deutschland, MuslimInnen von BullInnen, Nazibanden und anderen FreundInnen eines starken deutschen Staates diskriminiert und verfolgt. Beispiele hierfür sind die neuen Überwachungsgesetze von Innenminister Schäuble oder die Aufstockung der deutschen SoldatInnenzahl in Afghanistan um 1000 Mann. Den RassistInnen von „Pro Köln“ und Co. ist das aber noch alles viel zu wenig. Sie fordern noch mehr Staatsterror und noch weniger demokratische Grundrechte für Menschen, die zufälligerweise keine Eltern haben, die hier geboren sind.

Islamismus in Europa

Aufhänger für ihren Rassismus ist dabei die angebliche Gefahr durch islamische FundamentalistInnen für die westliche Welt. Deren Ziel sei es, alle weißen deutschen Menschen zu knechten – deshalb müsse man ihnen zuvor kommen und das Gleiche mit ihnen machen. Scheinbar vergessen haben diese Möchtegern-Kreuzritter, wie der Islamismus entstanden ist und sich ausgebreitet hat. In den Zeiten des Kalten Krieges herrschten wie in allen anderen Regionen der Erde auch in der islamischen Welt Aufstände und Revolutionsversuche gegen die kapitalistischen, pro-westlichen Regime, die ihre Bevölkerungen in elender Armut hielten und mit Hilfe europäischer oder amerikanischer Konzerne ihre Länder ausplünderten.

Um die revolutionären Bewegungen zu zerschlagen, wurden religiöse, fundamentalistische Bewegung vom Westen mit Waffen und Geld ausgestattet, welche dann ihren Terror gegen die Arbeiter-, Frauen- und Demokratiebewegungen richteten. Selbst der mediale Lieblingsfeind aller westlichen Mächte, das Terrornetzwerk Al-Kaida, entstand in den achtziger Jahren durch Unterstützung der USA für die antikommunistischen Mullahbanden in Afghanistan. Nun, fast Zwanzig Jahre nach Ende des kalten Krieges, wird der Westen die Geister die er rief nicht mehr los.

Mittlerweile sind es die FreundInnen von damals, die eigene Macht- und Besitzansprüche stellen und sich damit in den Zentren des Imperialismus unbeliebt machen. Zulauf erhalten die IslamistInnen gerade dadurch, dass die kapitalistische Gesellschaft ‘zig Millionen Menschen keine vernünftige Lebensperspektive bieten kann. Vor allem junge, arme, muslimische Menschen – sei es in den Flüchtlingslagern im Gazastreifen, in den Bergdörfern Afghanistans oder in den runtergekommenen Vororten europäischer Großstädte – sehen in den religiösen Verheißungen eines Lebens nach dem Tod ihre einzige Perspektive sich aus dem alltäglichen Elend um sie herum zu befreien.

Widerstand in Europa!

Solch ein Gottvertrauen ist natürlich keine Lösung für die irdischen Probleme der Menschen, sondern mehr ein Akt der Verzweiflung auf Grund scheinbar fehlender Alternativen.

Wir als revolutionäre MarxistInnen versuchen, solche Alternativen zu kapitalistischer Ausbeutung und islamistischen Wahnsinn in den Kämpfen von heute aufzuzeigen, indem wir den Unterdrückten auf der Welt helfen, sich zu organisieren. Religion, Nationalität, Sprache, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Herkunft sollen keine Rolle spielen. Wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen, dient das nur den Herrschenden.

Deswegen ist es auch wichtig, die Proteste in Köln möglichst breit anzulegen: wir können uns nicht auf bürgerliche oder reformistische Parteien verlassen, die sich nur ein „tolerantes“ Image verpassen wollen. Es geht darum, Personengruppen zu mobilisieren, die direkt von den staatlichen RassistInnen (Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr) oder von den (noch) nichtstaatlichen („Pro Köln“, NPD und andere Nazibanden) bedroht sind. Sie müssen lernen, ihre eigene soziale Macht einzusetzen und mit Mitteln wie Protesten, Blockaden und Streiks den RassistInnen eine Arschtritt zu verpassen. Erstmals können wir diesen Kongress verhindern!

Wenn auch du kein Bock auf Rassismus, Krieg und Ausbeutung hast, dann fahre mit AktivistInnen von REVOLUTION zu den Protesten gegen „Pro Köln“!

Aufruf von REVOLUTION, 29. August 2008

REVOCAMP 2008

internationalistisches Sommercamp von REVOLUTION

Wie letztes Jahr – und das Jahr davor auch – machten sich im Sommer 2008 junge RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern auf den Weg in die tschechische Republik, genauer gesagt nach Liberec. Denn dort fand wieder einmal eine Woche lang das REVOCAMP statt, organisiert von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION. Fast 50 Jugendliche aus Tschechien, der Schweiz, Deutschland und Österreich waren dabei und nahmen an verschiedensten Workshops teil. Auch GenossInnen der Revolutionären Gruppen RSO (Revolutionär Sozialistische Organisation) und SAS (Sozialistische Arbeiterstimme) waren dabei.

Es gab praktische Workshops, zum Beispiel zu Selbstverteidigung und Taktik auf Demonstrationen, aber auch viele Diskussionen zu politischen Themen. So gab es Einführungen in den Marxismus und in die marxistische Wirtschaftstheorie. Wir beschäftigten uns unter Anderem mit der Welthungerkrise, Prostitution, Kuba, dem Irak, der sog. „Gewaltfrage“ und der Frage, wie und warum die Sowjetunion so geworden ist, wie sie war. Ein Genosse berichtete von seinen Erlebnissen in Venezuela - Informationen aus erster Hand, abseits von der imperialistischen Propaganda und der unkritischen Jubelei – über die natürlich trotzdem diskutiert wurde.

Am Ende des Camps fand ein „Simulationsspiel“ statt. In den letzten Jahren wurden die spanische Revolution (1936-39) und die ungarische Revolution (1956) nachgespielt. Dieses mal konnten wir die deutsche Revolution (1918-19) erleben. Die TeilnehmerInnen versetzten sich 90 Jahre zurück in die imaginäre Kleinstadt Pisshausen, irgendwo im deutschen Kaiserreich. Es stritten VertreterInnen der Mehrheits-SPD, der unabhängigen SPD, der KPD und unorganisierte ArbeiterInnen um die Revolution. Und diesmal konnten die revolutionären KommunistInnen sogar den Sieg davontragen.

Jeden Morgen fand eine Versammlung der Camp-TeilnehmerInnen statt, in der über Probleme, den Tagesablauf usw. gesprochen und entschieden wurde. Der Dienstag war als Programm-freier Tag etwas besonderes, und wurde für eine Fahrt nach Prag, für ausgiebiges Baden im nahegelegenen See oder eine Wanderung zum Berg Lesné genutzt. Alle anwesenden Mitglieder von REVOLUTION aber hatten dienstags Anderes im Sinn, denn die dritte Internationale Konferenz der unabhängigen Jugendorganisation stand an. Den ganzen Tag lang dauerte die Konferenz, doch das war dann noch nicht genug und so mussten die Revos auch nach den Mittag- und Abendessen der folgenden Tage zusammenkommen. Doch weder dem sehr vollen Camp-Programm noch der Feierlaune der Revos schadete die lange Konferenz, denn die Planung unserer politischen Arbeit im nächsten Jahr war fraglos für alle extrem wichtig.

Als am Samstag Nachmittag die Letzten sich auf den Nach-Hause-Weg machten, hätte der/die Eine oder Andere sicher noch eine weitere Woche dranhängen können. Doch der Kampf um Befreiung lässt sich leider nicht mit einem ununterbrochenen REVOCAMP gewinnen. Deswegen gibt es erst wieder im nächsten Sommer das internationalistische Sommercamp von REVOLUTION – und bis dahin kontinuierliche politische Aktivität im Sinne der Revolution.

von Jalava, Revo Kiel

Bilder auf ☛ www.revolution.de.com

Gewerkschaft für SchwarzfahrerInnen

Stockholmer SchwarzfahrerInnen haben eine Versicherung, die Bußgelder bezahlt. Ein Interview mit der Kampagne „Planka“, was soviel wie „Schwarzfahren“ heißt.

In Stockholm kann man eine Versicherung kaufen für den Fall, daß man beim Schwarzfahren erwischt wird. Wie hat das Projekt angefangen?

Es war im Anschluß an den „heißen Sommer“ im Jahr 2001. Damals gab es eine riesige Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Göteborg und auch viel Repression durch die Polizei. Danach haben viele AktivistInnen darüber nachgedacht, wo sie ihre Energie künftig investieren wollen. Im Herbst jenes Jahres wurde in Stockholm der Preis für die Monatskarte von 450 auf 500 Kronen (48 auf 53 Euro) angehoben. Da das für viele Jugendliche damals schon zu teuer war, überlegten wir, was man dagegen tun kann. Das Schwarzfahren war ohnehin schon weit verbreitet.

Wir gründeten also „Planka“ und organisierten Proteste: Massenschwarzfahren oder Demonstrationen in den U-Bahn-Zugängen. Wir richteten sogar ein Frühwarnsystem ein, mit dem wir per SMS vor Kontrollen in den Bahnhöfen warnten. Aber die Aktionen erreichten eigentlich nur politische AktivistInnen. Was die Kampagne am Laufen hielt, war dann die „Ticketkasse“.

Wie funktioniert das?

Jedes Mitglied zahlt 100 Kronen (etwa zehn Euro) im Monat ein. Falls es beim Schwarzfahren erwischt wird, schickt es den Strafzettel (in Höhe von 1200 Kronen) an uns – wir bezahlen ihn dann. Wie bei einer normalen Versicherung gibt es auch bei uns eine Selbstbeteiligung, das sind jeweils 100 Kronen. Unter dem Strich ist das für den einzelnen weit günstiger als die 690 Kronen, die heute für eine Monatskarte in Stockholm fällig sind.

Wie viele Menschen beteiligen sich?

Die Zahlen gehen rauf und runter. Momentan zahlen etwa 500 Menschen ihre Beiträge, es waren aber schon fast 1000. Die Verwaltungsarbeit wird abwechselnd durch Freiwillige erledigt –nach sieben Jahren haben wir die Routine ziemlich gut drauf. Geld, das übrig bleibt, wird für politische Zwecke ausgegeben, z.B. für den Kauf von Monatskarten für sogenannte Illegale.

Aber gehen die Verkehrsbetriebe nicht offensiv gegen „Planka“ vor?

„Planka“ bewegt sich mit seinen Aktionen in einer juristischen Grauzone. Die WächterInnen mit den gelben Westen an den Eingangsschaltern können manchmal ziemlich aggressiv sein, aber dürfen niemanden festnehmen. Sie werden in der Regel ignoriert.

Finden viele Kontrollen in den Zügen statt?

Die Betriebe setzen vor allem auf die „gelben Westen“ an den Eingängen, um die Leute einzuschüchtern. Jeder muß an ihnen vorbeilaufen, aber wie gesagt, sie können nichts machen.

Was sind Eure Forderungen?

Wir wollen das Konzept der Finanzierung durch Fahrkarten in Frage stellen. Denn selten wird gefragt, wieviel dieses System kostet, mit seinen Fahrkarten, Eingangsschaltern und Überwachungspersonal. Zum Beispiel kostet einer von diesen neuen Eingangsschaltern mit Glastüren 110000 Kronen. Diese neue Technik sollte Schwarzfahren eigentlich unmöglich machen, aber sie ist leicht zu umgehen. Jetzt müssen daher auch an diesen Türen WächterInnen eingesetzt werden.

Durch all das wird der öffentliche Verkehr immer teurer. Wir aber sagen: öffentlicher Verkehr muß ein Recht für alle sein. Man muß ja auch kein Ticket kaufen, um den Bürgersteig benutzen zu können.

alle Infos ☛ www.planka.nu/international/auf-deutsch

eine langere Version dieses Interviews gibt es auf ☛ de.indymedia.org/2008/08/225737.shtml



„Illegale“ Migration?



Der Hamburger Flughafen wurde am Freitag, den 22. August von hunderten DemonstrantInnen gestürmt und zeitweise besetzt. Ihr Ziel war es, die permanent stattfindenden Abschiebungen in der BRD zu stoppen. Mit Transparenten und Megaphonen riefen sie PassantInnen dazu auf, mit ihnen gemeinsam zu demonstrieren: sie wollten den Protest in die noch schweigende Öffentlichkeit tragen.

Die Demonstration wurde vom Klimacamp und dem Antira-Camp, die vom 15. bis zum 24. August in Hamburg aufgebaut waren, organisiert. Die CampteilnehmerInnen machten auch mit zahlreichen anderen Protesten auf sich Aufmerksam. Eines der wichtigsten Themen auf den Camps war „illegale“ Migration. Im Großteil der Presselandschaft wurde wieder einmal *„Gewalt!“* und die Zahl von Verhaftungen in den Vordergrund gerückt. Mensch muss beinahe dankbar sein, dass es in den Zeitungsartikeln in einem Satz beispielsweise heißt: *„Die Aktion soll auf Probleme wie Rassismus und Klimawandel aufmerksam machen.“*

Während Angela Merkel als „Klimakanzlerin“ Reden vor dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York hält und damit versucht, ihr Image aufzupolieren, wird das Thema „illegale“ Migration all zu gerne unter den Tisch gekehrt. Gerade zu den olympischen Spielen in China versuchte die deutsche Regierung, das Schild mit der Aufschrift „Menschenrechte“ besonders hoch zu halten. Doch im eigenen Land kann sie dieses Schild anscheinend kaum tragen...

Kampf gegen „Illegale“

Bei ihrem „Kampf gegen illegale Migration“ stellt sie dieses Unvermögen beinahe täglich unter Beweis. Menschen werden „illegal“ genannt, weil sie als VerbrecherInnen angesehen werden, wenn sie ohne Erlaubnis das Territorium der BRD betreten.

Die Untergrenze für die Zahl der hier lebenden Papierlosen wird auf eine Million Menschen geschätzt. Wenn sich diese Personen – über 1% der Bevölkerung! – hier aufhalten und arbeiten, sind sie dabei faktisch ohne Rechte. Deshalb sind sie für Baufirmen oder RestaurantbesitzerInnen die idealen Arbeitskräfte – gerne werden sie auch als Hauspersonal oder Pflegekraft in Privathaushalten angestellt. Die Anziehungskraft dieser Superausbeutung ist stärker als alle Abschreckungsversuche von staatlicher Seite.

Papierlose erscheinen zunächst als ArbeiterInnen, die zu allem bereit sind, egal wie schlecht die Arbeitsbedingungen auch sind. In Wahrheit haben sie jedoch Angst, von den Behörden entdeckt zu werden. Deshalb trauen sie sich nicht, mit ihren KollegInnen in den Arbeitskampf zu ziehen oder vor Gericht gegen den Boss zu klagen. Formal besitzen sie Arbeitsrechte. Die Gerichte werden jedoch per Gesetz dazu verpflichtet, die Information über ihren Aufenthaltsstatus weiterzuleiten. D.h. wenn sich Papierlose beschweren, müssen sie mit einer Abschiebung rechnen.

Ein weiteres großes Problem ist die Gesundheitsversorgung. Wenn sie krank werden, ist es für sie kaum möglich, eine angemessene Behandlung zu bekommen. Sie können sich nicht in öffentlichen Krankenhäusern operieren lassen, denn dadurch könnte der Aufenthaltsstatus offenbart werden, und dann würde es wieder zur Abschiebung kommen. Auf diese Weise werden internationale Abkommen, wie der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, missachtet. In ihm wird unter anderem ein Recht auf Gesundheit für alle (!) festgeschrieben. In der Bundesrepublik Deutschland werden Menschenrechte von Papierlosen mit den Füßen getreten.

Ausbeutung weltweit

Wenn die Grenzschutzagentur Frontex, die einige auch als paramilitärische Einheit bezeichnen, jedes Jahr tausende Flüchtlinge an den Grenzen der EU sterben lässt, geschieht dies in dem irrigen Glauben, Migration wirklich verhindern oder auch nur kontrollieren zu können.

Warum funktioniert das nicht? Weil der Kapitalismus enorme globale Ungleichheit geschaffen hat: den Reichtum in den industrialisierten Ländern, die Armut in den Ländern der sogenannten dritten Welt. Diese Ungleichheit ist nicht einfach so entstanden sondern das Ergebnis jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung und imperialistischer Kriege.

Massenhafte Migration wird es im Kapitalismus so oder so geben. Sie ist der Ausdruck wachsender Mobilität der Ware Arbeitskraft, die dem Kapital folgen muss. Dabei spielen die katastrophalen Zustände, die die Menschen zur Flucht bewegen, für die KapitalistInnen keine Rolle. Aber sie profitieren von den Auswirkungen, die die entrechteten, papierlosen ArbeiterInnen auf die Gesellschaft haben, in die sie aufgrund vieler Hoffnungen geflüchtet sind. Durch die so entstehende Spaltung des Arbeitsmarktes in entrechtete ArbeiterInnen und (noch) nicht entrechtete ArbeiterInnen, werden historisch erkämpfte soziale Rechte in Frage gestellt.

Wer ist hier „illegal“?

Diese Bedrohung geht allerdings nicht von den Papierlosen aus, wie es von rassistischen HetzerInnen gerne verbreitet wird. Die Bedrohung entsteht durch den Staat, der diese entrechtet, und durch die KapitalistInneen, die sie mit Vorliebe ausbeuten. Rechte Parolen – wie die, dass die Löhne der legalen ArbeiterInnen durch die Konkurrenz der Papierlosen gedrückt werden würden – versuchen nur von den eigentlichen Gegnern in diesem Drama abzulenken.

Die Verbrecher sind nicht die sogenannten „illegalen“ MigrantInnen sondern die KapitalistInnen. Daher ist es unbedingt notwendig, sich mit den Papierlosen zu solidarisieren. Es ist genauso notwendig, die Solidarität zwischen ihnen und den „einheimischen“ ArbeiterInnen aufzubauen. Nur wenn wir alle zusammenhalten, können wir unsere Rechte verteidigen und das kapitalistische System, dass uns alle unterdrückt, überwinden.

★ Gleiche Rechte für alle!
★ Weg mit der „Festung Europa“!
★ Weg mit allen Einwanderungskontrollen!

von Alex, Revolutionäre Liste an der FU

Obama in Berlin: Schickt mehr Truppen!

Der Menschenstrom vom Brandenburger Tor Richtung Siegessäule im Herzen Berlins schien wirklich endlos zu sein. Am 24. Juli kamen bis zu 200.000 Menschen in den Berliner Tiergarten, um eine Rede des US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama zu hören. Wie bei der EM-Fanmeile ein Monat davor gab es neben den Großbildschirmen unzählige Bier- und Wurststände.

Der Auftritt selbst war überraschend minimalistisch: ein einziger Redner, ohne Musik oder Warumup-Reden, ohne riesige Plakate als Kulisse. In der 28minutigen Rede ging es um... im Endeffekt alles. Obama schlug einen großen inhaltlichen Bogen von der Berliner Luftbrücke über religiöse Konflikte und globale Erwärmung bis zu den Kriegsdrohungen gegen den Iran.

Teilweise klang die Rede wie aus dem Kalten Krieg. Es ging um böse „KommunistInnen, die die Flamme der Freiheit auslöschen wollten," Mit Feindbildern von gestern sollte Stimmung für die Kriegseinsätze von heute gemacht werden.

Die Botschaft

Die zentrale Botschaft der Rede war aber eindeutig: *„Send more troops to Afghanistan!"* Obama konnte eine direkte Aussage zum Thema geschickt vermeiden, aber er sprach von der Notwendigkeit, dass die EuropäerInnen in Afghanistan „mehr Verantwortung übernehmen" – damit kann nur die Verantwortung gemeint sein, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Er sprach von den „HeroinverkäuferInnen auf euren Straßen", die mit den „Al-Qaeda-TerroristInnen am Hindukusch" verbunden seien. (Aber da der Opiumanbau seit dem Beginn des Besetzung Afghanistans massiv gestiegen ist, fragt mensch sich, ob dieses Argument für die Fortführung des Militäreinsatzes wirklich taugt.) Schliesslich sagte er, mehr oder weniger direkt: *„Die Menschen in Afghanistan brauchen unsere Truppen und Eure Truppen".*

Trotz der klaren Forderungen nach mehr militärischem Engagement hielten viele ZuschauerInnen Obama für einen tatsächlichen Gegner der US-amerikanischen Kreuzzüge der letzten Jahre. Doch wie ein Reporter der New York Times berichtete, waren die meisten ZuschauerInnen „nicht ganz im Klaren über [Obamas] Politik. Als Beweis zitierte er eine junge Frau, die Obama dafür lobt: „He's against the Iraq War... that's the most important thing". JedeR New York Times-ReporterIn weiß, dass sich Obama eben nur für einen langsamen Truppenabzug aus dem Irak ausgesprochen hat - und das nur, um mehr Truppen für weitere Kriege in Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern freizuhalten.

Die DemonstrantInnen

Um auf solche Widersprüche aufmerksam zu machen, hatten verschiedene AktivistInnen vor der Veranstaltung protestiert. Stefan, ein US-amerikanischer Aktivist, der Michael, ein trotzkistischer Aktivist aus Seattle, meinte in Bezug auf seine Landsleute: *„Sie müssen einsehen, dass Wahlen nicht der Weg sind, um irgendwas in unserem Land zu ändern."*

Die OrganisatorInnen der Kundgebung hatten im Vorfeld jegliche Plakate oder Transparente verboten. Weit vor der Bühne war eine Absperrgitter, an der es Kontrollen wie im Flughafen gab. Alle Menschen mit politischen Materialien wurden von den privaten Securitys schickaniert und des Platzes verwiesen.

Viele Jugendliche bezeichneten Obama als „kleineres Übel", nicht als „Hoffnungsträger". Aber die deutsche Bourgeoisie freut sich extrem auf die Vorstellung eines US-Präsidenten, der die Kriegspläne der Supermacht mit anderen imperialistischen Großmächten wie der BRD abspricht. Die deutschen KapitalistInnen sollen mit Hilfe von einem Präsident Obama (und dem liberalen Flügel der US-Bourgeoisie, der hinter ihm steht) mehr Mitspracherecht in der Weltpolitik bekommen, und deswegen hat die bürgerliche Presse in Deutschland diese Wahlkampfveranstaltung pausenlos gepusht.

Aber nicht nur die deutsche Bourgeoisie, auch ihre „sozialistischen" HelfershelferInnen träumen von Obama. Etwa der Linkspartei-Vorsitzender Gregor Gysi schwärmte, dass Obama bereit sei, „auf andere Länder zuzugehen" – dass er „nicht kulturell dominieren, sondern verschiedene Kulturen akzeptieren" wolle. Die Linkspartei-Führung zeigt wieder, dass sie nicht gegen imperialistische Kriege per se ist, sondern nur gegen solche, die sie als „illegal" oder besonders „aggressiv" betrachtet. Mit einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene im Auge müssen die Herren Regierungssozialisten beweisen, dass sie „legale" und „humanitäre" imperialistische Kriege mittragen würden.

Die Linksjugend-Solid

Noch schockierender war ein Artikel in der neusten Artikel von „Rotdorn", der Zeitschrift der Linksjugend-Solid in Berlin-Brandenburg. Obama wird – so verspricht der Linkspartei-Nachwuchs – die US-Truppen aus dem Irak abziehen, ein allgemeines Krankenversicherungssystem einführen, und auf Diplomatie statt auf Kriege setzen. Sie preisten sogar, dass Obama den Konflikt mit dem Iran *„mit direkter Diplomatie und gegebenenfalls internationaler Zusammenarbeit und ökonomischen Sanktionen lösen"* wird.

Nun musste jeder Mensch, der sich als Anti-Kriegsaktivist versteht, eigentlich wissen, dass solche Sanktionen in erster Linie die einfache Bevölkerung treffen. So führten die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen den Irak zwischen den Jahren 1990 und 2003 zum Tod von weit über einer Million IrakerInnen – damit waren sie deutlich zerstörerischer als der zweite Irak-Krieg, der ohne die Zustimmung der UNO stattfand. Wieder erweist sich der Pazifismus, u.a. die grenzenlose Verehrung der UNO als Instrument des Weltfriedens, als ziemlich hilflos gegen die zunehmende Kriege auf der Welt.

Statt Hoffnungen auf ein „kleineres Übel" wie Obama zu setzen, sollen wir selbst gegen imperialistische Kriege aktiv werden und uns mit den Menschen in den betroffenen Ländern, die gegen Besatzungsmächte kämpfen, solidarisieren. Wenn die 200,000 BerlinerInnen nicht auf eine halbpolitische Fanmeile sondern auf eine kämpferische Anti-Kriegsdemo gehen würden, dann wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

von Wladek, Revo Berlin

Das verflixte siebte Jahr...

Seit 2002 sind deutsche Truppen, als Teil der „International Security Assistance Force" (ISAF), in Afghanistan stationiert. Ihr Auftrag lautet nicht „Brunnen bauen" oder „Hilfstransporte beschützen", sondern: Aufstände bekämpfen. Jetzt, im 7. Jahr der Besatzung, spitzt sich die Situation weiter zu. Mehrere von Bundeswehr-SoldatInnen erschossene ZivilistInnen sind nur ein Indiz dafür. Genau wie die „Operation Enduring Freedom" der US-Armee ist die ISAF-Mission für blutige Kämpfe im gesamten Land verantwortlich.

Deutschland ist mit 27 getöteten Soldaten bisher vergleichsweise glimpflich davongekommen – vor allem wegen seiner Präsenz im etwas ruhigeren Norden Afghanistans. Zudem wurde bei Kampfeinsätzen hauptsächlich logistische Unterstützung für andre NATO-Truppen geleistet (also durch, Planung, Transporte und Sanitäter.

So konnte der Eindruck aufrecht erhalten werden, die Bundeswehr sei gar nicht Teil einer brutalen militärischen Besatzung. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache: Derzeit dienen Tornado-Kampfflugzeuge als Hilfestellung für amerikanische Bombenangriffe. Mit der Übernahme der „Quick Reaction Force" (QRF) seit Juni 2008 kämpft die Bundeswehr darüberhinaus selbst an vorderster Front. Die Aufgabe dieser speziell ausgerüsteten „schnellen Eingreiftruppe" ist es, auch hartnäckigen Widerstand der AfghanInnen effektiv zu brechen.



Deutsche SoldatInnen sind seit dem Jahr 2002 in Afghanistan

Was hat's (nicht) gebracht?

Allein nach offziellen Angaben wurden im Jahr 2007 8.000 AfghanInnen, darunter 1.500 ZivilistInnen, durch ISAF-SoldatInnen getötet. Inoffizielle Schätzungen sind um ein Vielfaches höher. Da manche Einsätze, wie die der deutschen Spezialtruppe KSK, der Geheimhaltung unterliegen, gibt es über ihre Opfer keine verlässlichen Angaben. Gleichzeitig gibt es bei der humanitären Situation eher Rück- als Fortschritte.

Die Lebensbedingungen haben sich im Vergleich zu den Zeiten der Taliban-Herrschaft größtenteils verschlechtert. 61% der AfghanInnen leiden unter Nahrungsmangel, 68% haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 90% verfügen nicht über elektrischen Strom. Die Situation der afghanischen Frauen hat sich allenfalls auf dem Papier gebessert.

Kein Wunder, denn für Entwicklungshilfe wurde zwischen 2002 und 2006 nicht einmal ein Zehntel dessen ausgegeben, was die BesatzerInnen im selben Zeitraum für ihre Militäreinsätze springen ließen (bis jetzt über 80 Milliarden US-Dollar). Unter „Entwicklungshilfe" werden zudem Zahlungen zusammengefasst, von denen nur ein Bruchteil den Menschen vor Ort wirklich nützt. Zum Beispiel zahlt die BRD jährlich 12 Millionen Dollar für den Aufbau der afghanischen Polizei – bei der nach wie vor Folter und Willkür an der Tagesordnung sind. Über Bauprojekte fließen riesige Summen in die Taschen westlicher Konzerne und privater Sicherheitsfirmen.

Zwischen 2002 und 2006 wurden von der gesamten „Internationalen Gemeinschaft" gerade einmal 433 Millionen Dollar für Ernährungs- und Gesundheitsprogramme in Afghanistan ausgegeben – das sind 30 Millionen weniger als der Bundeswehreinsatz allein im letzten Jahr kostete!

Investieren lohnt sich

Zu denen, die trotz der miserablen Situation des Landes vom Krieg profitieren, gehören Unternehmen aus den Besatzerländern. Unter deutscher Federführung wurde ein Außenhandelsabkommen erarbeitet, das Afghanistan zu einer der „offensten Volkswirtschaften überhaupt" macht. Investoren werden u.a. acht Jahre Steuerfreiheit, Zollreduzierung und ein 100%iger Gewinntransfer ins Ausland garantiert.

Deutsche Konzerne wie Siemens engagieren sich dementsprechend fleißig für den „Wiederaufbau" – halten sich aber bedeckt, was die Details ihrer Aufträge angeht. Wie ihr Beitrag zur afghanischen Infrastruktur in etwa aussehen könnte, zeigt sich am Beispiel der US-amerikanischen„Louis Berger International Group". Diese kassierte bisher 665 Millionen Dollar aus Entwicklungsgeldern und errichtete dafür einsturzgefährdete Krankenhäuser und unbefahrbare Straßen.

Da die Lebenssituation der allermeisten AfghanInnen sich stets verschlechtert, wächst der Widerstand gegen die BesatzerInnen. Dieser geht längst nicht nur von Al-Quaida oder den Taliban aus – immer mehr einfacheAfghanInnen beschließen, sich zu wehren.

Die Lösung für dieses Problem sehen deutsche und internationale „Sicherheits"-Strategen nicht etwa in einer Erhöhung der Entwicklungshilfe, sondern in einer massiven Aufstockung der Truppen. Ursprünglich bestand die ISAF aus ca. 5000 SoldatInnen, mittlerweile hat sich die Anzahl verzehnfacht, und in den kommenden Jahren soll sie auf 80.000 erhöht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, will auch Deutschland zum Ende dieses Jahres das eigene Truppenkontingent von 3.500 auf 4.500 SoldatInnen erweitern.

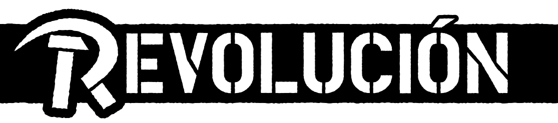
Die NATO will bleiben

Der Abzug eines oder mehrerer BündnispartnerInnen würde höchstwahrscheinlich zu einem Scheitern des Einsatzes führen – und das wollen die NATO-Mitglieder um jeden Preis verhindern. Einerseits, weil Afghanistan zu den wenigen Ländern gehört, über die die Rohstoffe der Kaukasus-Region zum Meer transportiert werden können. Vor allem aber würde eine Niederlage die zukünftige Handlungsfähigkeit der gesamten Allianz in Frage stellen.

Trotz zehntausender toter AfghanInnen wird die imperialistische Agression der NATO-Staaten immer noch als „Wiederaufbau-Mission" verkauft und der Widerstand dagegen als Terrorismus abgestempelt. Um die Besatzung zu beenden, bedarf es massiven Widerstands nicht nur in Afghanistan sondern auch in den kriegführenden Ländern. Denn die Bundeswehr (wie andere Armeen) ist nicht für Demokratie und Menschenrechte, sondern einzig zur Wahrung wirtschaftlicher und strategischer Interessen im Einsatz.

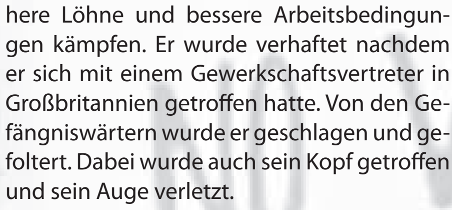
Deswegen müssen wir den Widerstand der AfghanInnen unterstützen – bei der Auseinandersetzung zwischen „unserer" imperialistischen Armee und der afghanischen Bevölkerung können wir nicht neutral sein, sondern müssen gegen die Bundeswehr Partei ergreifen. Gleichzeitig unterstützen wir nicht die – in ihren Zielen oft reaktionären – Führungen des Widerstandes (Taliban usw.). Stattdessen kämpfen wir für eine breite Widerstandsbewegung, die nicht nur die Besatzer zurückschlägt, sondern auch für ein sozialistisches Afghanistan kämpft.

von Cubert, Revo Bernau



Iranische ArbeiterInnen und St kämpfen gegen staatliche Rep

Nein zum Krieg! Solidarität mit den Protesten im Iran!



Die iranische ArbeiterInnenbewegung ist eine der stärksten im Nahen Osten. Sie hat eine Menge Erfahrung aus – zum teil militanten – Massenkämpfen gewonnen. Seit ihrer Entstehung stand sie nicht nur einmal kurz vor einer revolutionären Machtübernahme. Diese ArbeiterInnenbewegung wurde bereits mehrfach mit systematischer staatlicher Repression konfrontiert. Die Repression richtete sich dabei nicht nur gegen die politischen Aktivitäten des linken Flügels der ArbeiterInnenbewegung, sondern auch gegen jede Art von Widerstand gegen die allmähliche Verschlechterung des Lebensstandards der ArbeiterInnen.

Die herrschende Klasse des Iran ist in einer ausgesprochen schlechten Lage. Unzufriedenheit breitet sich unter den ArbeiterInnen des ganzen Landes aus. Die wahrscheinlich angespannteste Situation herrscht in der Stadt Shus im südwestlichen Teil des Iran. Die Unruhen begannen dort im Herbst des vergangenen Jahres, als die ArbeiterInnen einer staatseigenen Zuckermühle und der dazugehörigen Plantage Haft Tapeh streikten. Die ArbeiterInnen protestierten wegen ausstehender Löhne (während ihre Familien hungerten) und gegen die Misswirtschaft ihres Unternehmens, welches unter der Kontrolle der „Zuckermafia" stand. Die ArbeiterInnen hatten den Gouverneur mehrmals friedlich um Verbesserungen gebeten, bekamen von ihm aber nur leere Versprechungen. Als fünf ArbeiterInnen der Zuckermühle angeklagt und vor Gericht gestellt wurden, weil sie sich an einem Streik im Mai 2008 beteiligt hatten, entlud sich die Anspannung in einem offenen Konflikt.

Immer wieder Streiks

Am 6. Mai streikten erneut über 2000 ArbeiterInnen. Sie verlangten die Zahlung der 2 ausstehenden Monatslöhne, ein Ende der Verfolgung der Streikenden, die Entlassung des Geschäftsführers, Mullah Yaghoob Shafiee, des gesamten Managements und des Sicherheitschefs des Unternehmens, der ArbeiterInnen schlagen, bedrohen, bespitzeln und denunzieren ließ. In den folgenden Tagen stieg die Zahl der Streikenden auf über 5000. Die Menschen versammelten sich vor dem Sitz des Gouverneurs und zogen durch die Innenstadt und über den Marktplatz, wo zahlreiche Kaufleute und Jugendliche sich der Demonstration anschlossen. Am 17. Mai gingen dann etwa 10.000 Menschen auf die Straße und riefen lautstark: „Gewerkschaften sind unser Recht!" und „Wir sind bereit zu sterben aber wir akzeptieren dieses Elend nicht mehr!". Die Polizei griff die Demonstration mit Knüppeln und Tränengas an. Anschließend wurden die Innenstadt und der Marktplatz von Spezialeinheiten aus Khorramabad, Ahvaz und Desful besetzt, die zusätzlich noch die wichtigsten Straßen und Zufahrten zur Stadt abriegelten. Danach wurden zahlreiche ArbeiterInnen inhaftiert.

Trotz dieser Einschüchterung wählten die ArbeiterInnen am 16. Juni, dem 42. Tag ihres Streiks, ihre gewerkschaftlichen VertreterInnen. Die Führung der neuen unabhängigen Gewerkschaften bestanden nun aus militanten ArbeiterInnen, die wegen ihrer Aktivitäten bereits aus dem islamischen Arbeiterrat der Fabrik ausgeschlossen wurden. Radikale Jugendliche und eine Menge anderer ArbeiterInnen unterstützten die Angestellten der Zuckerfabrik mit Solidaritätsbriefen und politischen Statements. Diese richteten sich auch an die ArbeiterInnen der Rohrfabrik in Ahvaz, die ebenfalls seit mehreren Monaten keine Löhne erhalten hatten.



Auch Studierende

Unruhen und Proteste machten sich auch in anderen Fabriken breit. Die ArbeiterInnen eines Reifenwerks in Kian haben seit 5 Monaten ebenfalls keine Löhne erhalten, ganz zu Schweigen vom versprochenen Neujahrsbonus. Als sie in den Streik traten, wurden sie von einer Spezialeinheit der Polizei angegriffen. Viel schlimmer ist dagegen die Situation von Mansour Osanloo, einem Anführer der Fahrer eines Busunternehmens in Vahed, in dem die ArbeiterInnen ebenfalls für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Er wurde verhaftet nachdem er sich mit einem Gewerkschaftsvertreter in Großbritannien getroffen hatte. Von den Gefängniswärtern wurde er geschlagen und gefoltert. Dabei wurde auch sein Kopf getroffen und sein Auge verletzt.

Allerdings hat die iranische Regierung nicht nur Ärger mit den ArbeiterInnen. Fast 5000, zumeist weibliche Studierende schlossen sich dem Protest an einer Universiät zur Lehrerausbildung in Pardis Karaj, etwa 20 km westlich von Teheran, an. Es handelt sich dabei um einen StudentInnen-Streik, der von der Mehrheit unterstützt wird, wodurch auch streikunwillige StudentInnen und ProfessorInnen davon abgehalten werden, den Unterricht fortzusetzen. Die StudentInnen protestieren gegen miserable Selbstbedienungs-Kantinen und viel zu kleine Wohnheime. Außerdem prangern die Studentinnen die andauernden Schikanen seitens Vorgesetzter und hochrangiger Uni-MitarbeiterInnen an. Fast 150 StudentInnen beteiligen sich an einem Hungerstreik und wiederholen die Parole der ZuckermühlenarbeiterInnen von Haft Tapeh: „Wir sind bereit zu sterben aber wir akzeptieren dieses Elend nicht mehr!" Mabshari, ein Mullah und einer der Leiter der Universität, hat einen Djihad-Befehl gegen die streikenden StudentInnen erlassen und das Universitätsgebäude wurde von der Polizei umstellt. Andererseits unterstützen tausende StudentInnen von anderen Hochschulen den Protest mit großem Enthusiasmus.

Gegen Krieg!

Derzeit drohen die imperialistischen Mächte damit, den Iran anzugreifen. Sie versuchen, Krieg als ein Mittel zur „Befreiung" der unterdrückten Massen vom Mullahregime darzustellen. Aber wie der Irak, fünf Jahre nach der imperialistischen Invasion, oder Afghanistan, sieben Jahre nach seiner „Befreiung", deutlich zeigen, kann solch ein Krieg die Situation der Arbeitenden, Frauen und Jugendlichen nur dramatisch verschlechtern. Ein Bombardement oder eine Invasion ihres Landes würden sie nur noch weiter von ihrer Selbstbefreiung von der diktatorischen Staatsführung und vom kapitalistischen System entfernen. Deswegen müssen sich die ArbeiterInnen

udentInnen
ression

und StudentInnen im Iran und in aller Welt gegen diese erneute Kriegskampagne stellen. Im Falle eines imperialistischen Angriffs sollten die iranischen ArbeiterInnen und StudentInnen versuchen, eine zeitlich begrenzte Allianz mit dem Regime und seinen UnterstützerInnen einzugehen, um die einfallenden Armeen zurückzuschlagen. In diesem Fall müssen sie jedoch ihre vollständige politische Unabhängigkeit bewahren, um im richtigen Moment den defensiven Krieg gegen den Imperialismus in einen Angriffskrieg gegen die Mullahs und gegen das gesamte kapitalistische System zu verwandeln.

Die iranischen ArbeiterInnen und Jugendliche kämpfen gemeinsam mit ihren Brüdern und Schwestern in anderen Ländern des Nahen Osten und in der ganzen Welt gegen den globalen neoliberalen Trend des heutigen Kapitalismus. Die herrschende iranische Theokratie, die untrennbar verbunden ist mit den Interessen der Ausbeuter, der kapitalistischen Bosse, der Bürokraten und der Reaktionäre, hat nicht genug Ketten oder religiösen Eifer, um die mutige iranische ArbeiterInnenbewegung zu knebeln oder zu zerschlagen.

★ Bedingungslose Solidarität mit den iranischen ArbeiterInnen in ihrem Kampf für höhere und regelmäßige Löhne! Gegen jede Art von befristeten, „flexiblen“ Arbeitsverträgen! Gegen jede Belästigung der ArbeiterInnen durch die Mullahs oder die Polizei!
★ Für das volle Recht der ArbeiterInnen, unabhängige und basisdemokratische Gewerkschaften in jedem Betrieb aufzubauen!
★ Für die sofortige Freilassung aller inhaftierten ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen!
★ Für Selbstverteidigungs-Kommitees und Wächter gegen Polizei und Streikbrecher!
★ Jedes Unternehmen, das keine regelmäßigen und vollständigen Löhne zahlt, sollte unter die Kontrolle der ArbeiterInnen gestellt werden! Manager, die Streikende gefeuert haben, sollten entlassen werden und die Produktion sollte für die Bedürfnisse der armen und hungernden Gemeinden fortgeführt werden.
★ Volle Solidarität mit den iranischen StudentInnen in ihrem Kampf für bessere Lebensbedingungen und gegen die Unterdrückung die Schikanen sowohl von zivilen als auch von religiösen Authoritäten!
★ Nein zum imperialistischen Krieg! Nein zu Sanktionen, die nur die Armen treffen!
★ Für einen sozialistischen Iran, der das Zentrum für die antiimperialistischen und antikapitalistischen Kämpfe der arbeitenden Massen im Nahen Osten sein könnte!

REVOLUTION Internationale Koordinierung

REVOLUTIONÄRINNEN: kommunistische Frauen

Flora Tristan

Am 7. April 1803 wurde Flora Tristan als Tochter eines peruanischen Adligen und einer Französin aus dem Kleinbürgertum in Paris geboren. Zunächst in im Wohlstand aufwachsend, wurden sie und ihre Mutter durch den plötzlichen Tod des Vaters 1807 in bitterste Armut gestürzt, da die Heirat der Eltern nicht standesamtlich bestätigt und jeder Anspruch auf Erbschaft damit verspielt war.

Aufgrund des Elends der Kleinfamilie wurde Tristan von ihrer Mutter im Alter von lediglich 15 Jahren zu einer Vernunftehe mit dem Lithographen André Chazal gedrängt, der ihr den Wiederaufstieg in höhere gesellschaftliche Kreise ermöglichen sollte. Der Plan schlug aber gründlich fehl: Als „Bastardin“ erlebte sie demütigendste Diskriminierung, musste 13 Stunden am Tag in der Werkstatt ihres Mannes arbeiten und seinen Alkoholismus sowie Schläge erdulden. Als er sie dann aufgrund seiner Spielschulden zur Prostitution zwingen wollte, reichte es ihr: Zusammen mit ihren zwei kleinen Kindern, schwanger mit dem dritten, musste sie fliehen.

Als „Besitztum ihres Mannes“ stand die mutige junge Frau nun jedoch vor immensen Problemen, denen sie unerschrocken begegnete: Finanziell schlug sie sich mit verschiedensten Jobs durch, u.a. in der Schweiz und in England. Sie schrieb an die französische Deputiertenkammer und suchte um eine Aufhebung des Scheidungsverbots, sie reiste nach Peru und besuchte die Verwandten ihres Vaters, um die ihr zustehende Erbschaft zu erhalten. Beides wurde abgelehnt, doch über ihre Reise veröffentlichte sie zwei Bücher, 1835 und 1837.

Erzürnt über das unmoralische Gebaren seiner Frau stellte Chazal sie nach monatelanger Verfolgung und schoss sie auf offener Straße nieder. Tristan kam mit dem Leben davon, aber die Kugel steckte tief in ihrem Körper und sollte ihr lebenslange Schmerzen bereiten. Befreit von ihrem despotischen Ehemann, der zu Zwangsarbeit verurteilt wurde, konnte Tristan nun ihr Leben voll und ganz in den Dienst ihrer fortschrittlichen Anschauungen stellen: Sie recherchierte in Slums, Fabriken, Gefängnissen, reiste nach England und schrieb ihre Erfahrungen nieder. Die schon vorher im Geist des utopischen Sozialismus überzeugte Revolutionärin erarbeitete sich so eine starke Wut gegen jede Unterdrückung, was ihr den Spitznamen „Madame la Colère“ (etwa: Frau Cholerikerin) einbrachte.

Diese intensive Zeit brachte ihr die Erkenntnis, dass die Befreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter nur durch die Organisation derselben geschehen kann, und so entsteht 1843 ihr wohl wichtigstes Werk: „L'Union Ouvrière“, die Arbeiterunion. In diesem Buch schlägt sie vor, „Arbeiterpaläste“ einzurichten, um eine nationale, eventuell auch irgendwann eine internationale, Vereinigung der Arbeiterklasse aufzubauen und dem Ziel der Revolution näherzukommen.

Große Aufmerksamkeit sollte bei diesem Prozess den Arbeiterinnen zukommen, denn Tristan teilte die Ansichten von frühen FrauenrechtlerInnen wie Olympe de Gouges und Mary Wallstonecraft, die bereits die absolute Gleichwertigkeit von Männern und Frauen forderten und die Emanzipation einer Gesellschaft stets an der Emanzipation ihrer Frauen festmachten. Ihre Forderungen trugen dabei einen kommunistischen Charakter und wurden später sowohl von Karl Marx als auch Friedrich Engels in deren Werken aufgegriffen – selbstredend ohne Quellenangabe.

Tristan verband als eine der Ersten revolutionären Sozialismus mit Feminismus, und stellte fest, dass das eine ohne das andere unmöglich ist. Nach der Veröffentlichung ihres Buches nahm sie auch aktiv an dessen Verbreitung teil und trat 1844 eine „Tour de France“ an, in der sie Schriften verteilte, Reden hielt und diskutierte. Ihre Erfolge waren beeindruckend: Sie wurde von ArbeiterInnen, aber auch von LiteratInnen und PoetInnen begeistert empfangen. Nach ihren Besuchen begannen ArbeiterInnen, sich zu organisieren. Die Oberschichten, also die UnterdrückerInnen, reagierten empfindlich auf sie: Hotels wiesen sie ab und die Polizei stellte ihr Fallen.

Während dieser Reise erkrankte sie schwer und erlag schließlich – sei es dem Typhus, sei es den Nachwirkungen der verhängnisvollen Kugel in ihrem Körper geschuldet – im November 1844 ihrem Leiden. Ein Zug von ArbeiterInnen, LiteratInnen und AnwältInnen trug sie zu Grabe.

Post mortem wurde ihr letztes Buch veröffentlicht: „Die Emanzipation der Frau oder Das Testament einer Paria“, ein letztes Vermächtnis einer unerschrockenen, zielstrebigen Frau, die für Arbeiterinnen und Arbeiter gleichermaßen kämpfte und furchtlos den Weg zur Revolution beschritt. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts entstand eine sozialistische Frauenbewegung, die den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verband – aber Flora Tristan leistete wichtige Vorarbeit in diesem Sinne.

von Paula, Revo Dresden

Sozialforum neben der langen Brücke

Das fünfte Europäische Sozialforum findet vom 17.-21. September in Malmö statt

Was gibt es in der Stadt Malmö in Südschweden? Laut Wikipedia gibt es, außer der langen Brücke nach Dänemark, nicht wahnsinnig viel. Aber vom 17.-21. September findet das fünfte Europäische Sozialforum (ESF) in Malmö statt. Ein größeres Treffen der europäischen Linken gibt es nicht: Bis zu 20.000 Menschen aus ganz Europa werden erwartet.

Was ist dieses „Sozialforum"? In erster Linie ist es eine Gegenveranstaltung zum „Weltwirtschaftsforum", dem jährlichen Treffen tausender KapitalistInnen und PolitikerInnen im Schweizer Skiort Davos. Seit 2001 findet das Weltsozialforum regelmässig statt und seit 2002 gibt es auch das Europäische Sozialforum als regionalen Ableger.

Die Foren bisher

Im November 2002 begann das erste ESF im italienischen Florenz. Dieses Treffen war ein Knotenpunkt für Massenbewegungen gegen den drohenden Irak-Krieg und gegen die rechte Berlusconi-Regierung: 70.000 TeilnehmerInnen strömten zum ESF, das unter dem Motto „eine andere Welt ist möglich" stand. Zur Anti-Kriegsdemo am letzten Tag kamen über eine Million Menschen zusammen. Von diesem Forum ging der Aufruf für einen globalen Protesttag gegen den Irak-Krieg aus, was zu den Demonstrationen am 15. Februar 2003 mit bis zu 30 Millionen TeilnehmerInnen weltweit führte.

Aber eine solche linke Megaveranstaltung hängt stark von den politischen Verhältnissen zur jeweiligen Zeit im jeweiligen Land ab. Das zweite Forum im Jahr 2003 in Paris war mit rund 20.000 TeilnehmerInnen deutlich kleiner. Die Aufbruchsstimmung war weg und die meisten Veranstaltungen waren nur „Business as Usual" für BerufsweltverbesserInnen von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Das dritte Forum im Jahr 2004 in London kann rückblickend nur als ein Desaster bezeichnet werden: Londons sozialdemokratischer Bürgermeister dominierte die Organisierung, so dass PolizistInnen statt GlobalisierungskritikerInnen die Eingänge kontrollierten.

Da hätte auch schon Schluss sein können. Aber das vierte Forum im Jahr 2006 in Athen konnte das ganze Projekt doch noch retten. Die radikale Linke aus Griechenland und der Türkei war im Athener Olympia-Komplex, das als Veranstaltungsort fürs ESF fungierte, stark vertreten. Außerdem sorgten große StudentInnenbewegungen in Frankreich und Griechenland, die in den Monaten vor dem ESF in ihren Ländern tobten, dafür, dass wieder viele radikale Jugendlichen dabei waren.

Die Widersprüche

Das ESF besteht aus vielen widersprüchlichen Elementen. Auf den Podien sitzen BürokratInnen von reformistischen Parteien, Gewerkschaften und NGOs, die ihr Brot damit verdienen, von utopischen Plänen zur Rettung der Welt zu erzählen. Im Publikum sitzen politisch aktive Jugendliche, die irgendwie nach „Action" suchen. Genauer gesagt: sie haben bestimmte Kämpfe erlebt und wollen das ESF als eine Plattform nutzen, um diese Kämpfe international auszuweiten.

Der Zusammenprall dieser Elemente bestimmt das ESF. Wenn sehr viele junge, radikale TeilnehmerInnen dabei sind, drängen sie auf die Vernetzung von Kämpfen (z.B. von Studierendenprotesten in verschiedenen Teilen Europas) und die Organisierung von Aktionen (z.B. von weltweiten Antikriegsprotesten). Aber wenn die inoffizielle ESF-Bürokratie in der Überzahl ist, kann das Ganze schon fast unerträglich langweilig werden.

Offiziell heißt es, dass beim Forum keine Entscheidungen getroffen werden dürfen. Aber wer hat das eigentlich entschieden?!? Das Statut des ESF, die „Charter of Porto Alegre", wurde von selbsternannten FührerInnen ausgearbeitet, die allen anderen außer sich selbst verbieten wollen, Entscheidungen im Namen des Forums zu treffen. Damit soll von vornherein eine Radikaliserung unmöglich gemacht werden.

Trotzdem!

Die Aktionen am 15. Februar 2003 haben gezeigt, welches unheimliche Potential bei einem so großen linken Treffen vorhanden ist. Aber dieses Potential verpufft immer wieder. Statt konkreten Schritten für die Organisierung von Protesten gibt es nichtssagende Aufrufe für eine bessere Welt.

Die Jugendorganisation REVOLUTION will diese Gelegenheit nutzen, um die Vernetzung von linken Jugendorganisationen europaweit voranzutreiben.

Deswegen treten wir für den Aufbau von eigenen Jugendstrukturen im Rahmen des ESFs ein, also Jugendversammlungen und -räumlichkeiten. Diese Strukturen könnten mitten im bürokratischen Chaos des ESF einen Rahmen bieten, in dem Jugendliche diese Foren selbst gestalten und ihre eigenen Projekte voranbringen können.

Beim diesjährigen ESF gibt es Planungen für einen „Labour Youth Space", der u.a. von der deutschen Gewerkschaftsjugend getragen wird. Viele Teile der Gewerkschaftsjugend organisieren Busse nach Malmö, und es werden mehrere hundert junge GewerkschafterInnen beim ESF erwartet. Außerdem hat die linke Jugendbewegung in Skandanavien durch die Proteste rund um das Kopenhagener Jugendzentrum „Ungdomshuset" eine Radikalisierung erlebt, die sich auch beim ESF widerspiegeln könnte.

Aber es wird sich noch zeigen müssen, ob wir es mit einer Cocktailparty für Berufsjugendliche oder einem konkreten Rahmen für politische Aktionen zu tun haben. Wir glauben auf jeden Fall nicht, dass aus dem ESF heraus die Weltrevolution beginnen wird. Aber linke AktivistInnen aus ganz Europa können sich kennenlernen, diskutieren und Erfahrungen austauschen. Schon dafür lohnt sich die Fahrt nach Malmö!

von Wladek, Revo Berlin

Zweite Runde des Pinguin-Aufstands

SchülerInnen und Studierende in Chile waren wieder auf der Straße für Verbesserungen im Bildungssystem

Schon seit Monaten kämpfen chilenische SchülerInnen, Studierende und teilweise auch LehrerInnen, weitgehend unbeachtet von einheimischen und internationalen Medien, gegen das *Ley General de Educación* (LGE), das allgemeine Bildungsgesetz, ein von der Präsidentin Michelle Bachelet vorgelegter Entwurf für ein neues Bildungsgesetz.

Chronologie der Proteste

Angefangen haben die jetzigen Proteste im Juni, doch die Vorgeschichte reicht bis ins Jahr 2006 zurück. Damals hatten die wegen ihrer schwarz-weißen Schuluniformen so genannten „Pinguine" eine Massenprotestbewegung für ein besseres Bildungssystem in Gang gebracht. Auslöser war die von der gerade gewählten „sozialistischen" Präsidentin Bachelet angekündigte Gebührenerhöhung für die Aufnahmetests für die Universitäten. Neben diesem konkreten Anlass kämpften die SchülerInnen und StudentInnen generell gegen das Organische Konstitutionelle Bildungsgesetz (LOCE), welches der ehemalige chilenische Diktator Pinochet 1990 in den letzten Tagen seiner Herrschaft erließ und das noch bis heute gültig ist.

In diesem Gesetz wurde festgelegt, dass jedeR, der/die wollte, eine Schule eröffnen durfte, was der Privatisierung des Bildungssystems Tür und Tor geöffnet hat. Die Schulgebühren können die Privatschulen frei festlegen, wodurch die meisten SchülerInnen sich den Besuch dieser Schulen nicht leisten können. Zusätzlich wurde die Finanzierung der staatlichen Schulen den Gemeinden übertragen, was bedeutet, dass arme Gemeinden ihre Schulen nur sehr schlecht ausstatten können. Ein großer Teil der Bevölkerung ist somit faktisch ohne Zugang zu hochwertiger Bildung.

Die SchülerInnen und StudentInnen machten sich mittels Demos, Besetzungen, Streiks und brennenden Barrikaden für ihre Forderungen stark. Nahezu 90% aller Schulen (auch der Privatschulen) waren besetzt. Auch die massive Repression seitens der Polizei konnte an der Schlagkraft der Bewegung nichts ändern, die durch SchülerInnen- und StudentInnenkomitees äußerst gut organisiert war. Solche Komitees wurden in jeder Bildungseinrichtung gebildet, und sie wählten eine eigene nationale Koordinierung, um die Proteste auf Landesebene zu organisieren.

Der Erfolg des ersten „Aufstands der Pinguine" bestand damals darin – neben kleinen finanziellen Zugeständnissen der Bachelet-Regierung bezüglich kostenloser Mittagessen und Schulbusfahrten –, dass die Präsidentin nach dem massiven Druck von mehr als einer Million SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen – der größten sozialen Bewegung seit Ende der Militärdiktatur 1990 – versprach, ein neues Bildungsgesetz zu verabschieden, welches das LOCE ersetzen sollte. Die Forderungen der Bewegung nach Abschaffung der Gebühren und Freifahrten für alle SchülerInnen wurden nicht erfüllt, doch die „Pinguine" verließen die Straßen wieder, da viele dachten, die Zeit für Verhandlungen sei gekommen. Nur noch vereinzelt wurde weiter protestiert.

Seit Frühling dieses Jahres liegt nun ein Gesetzentwurf, das LGE, vor. Obwohl dieses Gesetz unzweifelhaft eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen darstellt, kritisieren die chilenischen SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen es als nicht weitgehend genug. Der größte Kritikpunkt geht dahin, dass mit dem LGE ein neuer Nationaler Bildungsrat eingeführt werden soll, der aus den Mitgliedern des jetzigen Höheren Bildungsrates bestehen soll. Die Mitverantwortlichen für die Misere heute sollen also auch weiterhin an den Entscheidungshebeln sitzen.

Neue Proteste

Seit Mitte Juni sind die „Pinguine" nun wieder auf der Straße, um Veränderungen am LGE durchzusetzen, allerdings längst nicht so zahlreich wie 2006. Am 18. Juni zogen 10.000 SchülerInnen, Studierende und Lehrende durch die Küstenstadt Valparaíso, in der der chilenische Kongress sitzt, und weitere 2.000 durch die Hauptstadt Santiago. Dies hinderte die Abgeordnetenkammer des Kongresses jedoch nicht, dem Gesetzentwurf einen Tag später trotzdem zuzustimmen.

Aber obwohl die Bewegung deutlich kleiner geworden ist, ist sie um nichts weniger kämpferisch, was sich in immernoch andauernden Besetzungen und Barrikaden und Guerrilla-artigen Aktionen wie z.B. einer „Wasserattacke" gegen die Bildungsministerin Jiménez zeigt. Zumindest haben die AktivistInnen bisher erreicht, dass der Senat den Gesetzentwurf noch nicht verabschiedet hat und die Debatte um das Gesetz weitergeht.

Dass in Chile die Tage der Militärdiktatur noch lange nicht aufgearbeitet sind, zeigt, wie massiv die chilenische Polizei gegen die SchülerInnen und Studierenden bisher vorgegangen ist. Schlagstöcke, Wasserwerfer, Tränengas und ungeheure Brutalität selbst gegenüber 12-, 13-, 14-Jährigen sind an der Tagesordnung. Bei den beinahe täglichen Demonstationen 2006 gab es Tausende Verhaftungen und auch in den Protestmonaten dieses Jahres wurden hunderte AktivistInnen Opfer von Polizeigewalt.

Aber nicht nur seitens der Polizei droht den SchülerInnen und StudentInnen Repression, sondern auch von ihren Schulen. So wurde beispielsweise die 14-jährige Schülerin, die die Bildungsministerin „nass gemacht" hatte, von ihrer Schule geworfen, weil sie angeblich den „Stolz der Schule" verletzt habe. Gegen solche Willküraktionen wehren sich die SchülerInnen und Studierenden immer wieder mit Streiks und Besetzungen, was für ihre Entschlossenheit spricht, sich nicht der Repression zu beugen.

Perspektiven

Die chilenischen Bildungsproteste haben bisher einiges gebracht: neben den wichtigen Zugeständnissen sind hier die angestoßenen Debatten um Bildung und um Polizeigewalt zu nennen. Es bleibt aber zu bezweifeln, ob die neue Gesetzgebung wirklich die sozialen Missstände an den chilenischen Schulen und Universitäten beheben kann. Denn letzten Endes ist das ungerechte Bildungssystem funktional für den Kapitalismus, der nun einmal die Schere zwischen Arm und Reich braucht – auch im Bereich der Bildung –, um überleben zu können. Insofern ist die wichtigste Errungenschaft, die die Kämpfe in Chile mit sich bringen, wahrscheinlich die gewonnene Erfahrung bei der selbständigen und basisdemokratischen Organisation von Protesten.

Die „Pinguine" haben es immer wieder verstanden, ihre Forderungen mit denen ihrer Eltern, ihrer LehrerInnen und der Arbeiterbewegung insgesamt zusammenzubringen. Beim Höhepunkt des SchülerInnen- und Studierendenaufstandes im Jahr 2006 kam ein Generalstreik mit einer Million beteiligten zu Stande. Aus dieser Erfahrung können wir für unsere Proteste in der BRD lernen.

von Stefan, Revolutionäre Liste an der FU

Warum ist Bildung so beschissen?

Bildung im Kapitalismus kann niemals gerecht sein

Seit Ende 2006 schaffte es das Berliner Bündnis „Bildungsblockaden einreißen" immer wieder, mehrere tausend SchülerInnen zu Protesten gegen die Mängel im Bildungssystem in der BRD zu mobilisieren. Die Kürzungen und die strukturellen Ungerechtigkeiten im Bildungsbereich gehen nicht unbeachtet an den SchülerInnen und ihren solidarischen MitstreiterInnen vorbei.

Für gerechtere Bildung

Ein zentrales Anliegen von „Bildungsblockaden einreißen" war die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, weil dieses starke soziale Selektion im Bildungsbereich bedeutet.

Ein Blick nach Finnland offenbart, die schreiende Ungerechtigkeit des deutschen Schulsystems: Das finnische Motto bezüglich der Bildung „keiner darf zurückbleiben", wird durch verschiedene Maßnahmen verwirklicht: Wann immer ein Kind Leistungsschwächen zeigt, die sein Mitkommen gefährden könnten, werden SpeziallehrerInnen eingeschaltet. Sie haben außer der normalen KlassenlehrerInnenausbildung ein Jahr Spezialstudium hinter sich und verfügen u.a. über lerndiagnostische und therapeutische Kompetenz. Sie geben jedem Kind, das im Klassenunterricht „untergeht", so viel Einzelunterricht, wie es benötigt.

Desweiteren hat sich Finnland schon lange von dem Konzept eines gegliederten Schulsystems verabschiedet, was „seltsamerweise" eine deutliche Verringerung des Einflusses des Elterneinkommens auf den Bildungserfolg hatte. Dass diese Maßnahmen nicht auf Kosten der Bildungsqualität verwirklicht werden, wird durch Finnlands Spitzenpositionen bei der PISA-Studie deutlich. Das finnische Schulsystem bietet trotz der Eingliedrigkeit keine grundsätzliche Alternative zum deutschen, denn es bleibt eine kapitalistische Schule, letztendlich basierend auf Konkurrenz, Leistungsdruck, und Selektion. Aber es zeigt, welche Verbesserungen selbst im Rahmen dieses Systems möglich wären.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Protestierenden war die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit im Land Berlin. Der diskriminierende Charakter der Lernmittel*un*freiheit wird in der Schule deutlich, wenn die Kinder von Hartz-4-EmpfängerInnenn wie BittstellerInnen um die Bereitstellung von Büchern betteln müssen. Diese „Gnade" verdeckt nicht, dass reichere Familien gegenüber ärmeren Familien im Vorteil sind.

Im Allgemeinen handelt sich bei der Lernmittel*un*freiheit um nichts anderes als eine zusätzliche Belastung der lohnabhängig Beschäftigten. In diesem Kontext sind auch die Studiengebühren zu betrachten: Durch die Studiengebühren gehen die Studierendenzahlen zurück, obwohl gerade einmal 15% der Studierendenschaft aus Arbeiterfamilien stammen. Diese Studierenden müssen auch arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren, und dadurch werden sie am ehesten von Langzeitgebühren betroffen.

Bezahlbar, aber...

Solchen Forderungen wird oft entgegengehalten, dass sie finanziell nicht durchsetzbar wären. Doch diese Behauptung wird schon beim Blick auf die Höhe der Vermögenssteuer in Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten als Lüge enttarnt. Verglichen mit anderen Ländern werden in Deutschland – trotz der Gewinnexplosion – die großen VermögensbesitzerInnen gehätschelt wie Schoßhündchen: Nur 0,9% Vermögenssteuer muss das Bürgertum zahlen. Fünf mal so viel zahlen die Vermögenden in England – dadurch fehlen 30 bis 40 Milliarden Euro von den großen VermögensbesitzerInnen jedes Jahr bei uns.

Die Kosten für Bildung werden immer mehr vom Staat auf die einzelnen Familien geschoben. UnternehmerInnen haben ein Interesse daran, ihre Kinder auf die Privatschule in England zu schicken, um sie – falls sie nicht das Unternehmen erben sollten – für den Arbeitsmarkt zu privilegieren. Gleichzeitig haben sie ein Interesse, dass alle anderen Kinder ungebildete Arbeitstiere werden. Das Argument, dass die Kinder von Reichen schlauer seien und somit mehr Förderung bräuchten, ist falsch, denn jede/r, der/die die Verhältnisse sieht, aus denen die meisten HauptschülerInnen kommen, erkennt, wo dieser „Intelligenzmangel" seinen Ursprung hat.

Außerdem spiegeln sich noch diverse andere kapitalistische Merkmale im Bildungssystem: Wer kennt es nicht, dass der Lehrer Aufgaben verteilt, die niemand nachvollziehen kann und den Beigeschmack von „Beschäftigungstherapie" haben? Auch am Arbeitsplatz soll mensch seine Aufgaben nicht hinterfragen!

An die Wurzel!

Es besteht also ein Interesse der Eltern daran, ihren Kindern die besten Kompetenzen für den Arbeitsmarkt mitzugeben, und unterschiedlichen Familien stehen hierfür sehr unterschiedliche Mittel zur Verfügung.

Die Forderungen der SchülerInnen und ihrer solidarischen MitstreiterInnen zielen darauf ab, ein gerechteres Bildungssystem zu schaffen, um soziale Selektion zu vermeiden bzw. um die Bildung unabhängig von der Geldbörse der Eltern zu machen. Dabei dürfen die genannten Interessen, die aus der kapitalistischen Produktionsweise resultieren und ein faires Schulsystem praktisch unmöglich machen, nicht übersehen werden.

Neben der Widerspiegelung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Bildungssystem sollte mensch zudem folgendes berücksichtigen: Selbst in dem fiktiven Fall, dass allen eine gleiche, faire Bildung gewährleistet werden würde, kann mensch nicht einfach seine Forderung nach Gerechtigkeit nur auf das Bildungssystem beschränken. Denn was bringen einige Jahre Gerechtigkeit in der Schule, wenn mensch sein/ihr restliches Leben als ArbeiterIn ausgebeutet wird?

Denen, die heute keine Klassengesellschaft erkennen wollen, sei die Mehrwerttheorie von Karl Marx nahegelegt, die die Ungerechtigkeit im Kapitalismus bzw. die Ausbeutung der ArbeiterInnen durch die KapitalistInnen erklärt. Ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Schule ist, dass wir unsere Lerninhalte nicht selbst bestimmen dürfen. In diesem Sinne beginnt eine Änderung des Bildungssystems auch damit, dass wir uns selbst bilden: mit revolutionärer Theorie!

von Bernd, Revo Berlin (Schüler aus Spandau)

Der vor kurzem verstorbene US-Komiker George Carlin zum Thema...

Es gibt einen Grund, warum die Bildung Scheiße ist. Es ist der gleiche Grund, warum sie niemals, wirklich niemals repariert wird. Sie wird nicht besser - warte nicht darauf! Sei froh mit dem, was du hast! Denn die BesitzerInnen dieses Landes wollen keine Verbesserung. Ich rede jetzt über die richtigen BesitzerInnen, die großen, reichen Unternehmen, die die Sachen kontrollieren und alle wichtigen Entscheidungen treffen.

Sie geben jedes Jahr Milliarden für Lobbyarbeit aus - Lobbyarbeit, um das zu bekommen, was sie wollen. Nun, wir wissen, was sie wollen: Sie wollen mehr für sich selbst und weniger für alle anderen. Aber ich sage euch, was sie nicht wollen: sie wollen keine Bevölkerung von BürgerInnen, die zum kritischen Denken fähig sind. Sie wollen keine gutinformierten und gutgebildeten Menschen. Das hilft ihnen nicht – das geht sogar gegen ihre Interessen. Wisst ihr, was sie wollen? Sie wollen unterwürfige ArbeiterInnen: Menschen, die gerade intelligent genug sind, um die Maschinen zu bedienen und den Papierkram auszufüllen, aber dumm genug, um immer beschissenere Arbeit passiv zu akzeptieren.

Es ist ein großer Club und du gehörst nicht dazu. Du und ich sind nicht im Großen Club.

Die BesitzerInnen verlassen sich darauf, dass die amerikanischen ArbeiterInnen freiwillig ignorant bleiben. Denn die BesitzerInnen in diesem Land kennen die Wahrheit: es ist vom „Amerikanischen Traum" die Rede, aber du musst schlafen, um daran glauben zu können!

längere Version + Video auf unserer Website



Für die Abschaffung von Noten?

Bei den SchülerInnenprotesten der letzten Monate und Jahre wurde die Abschaffung von Noten immer wieder heiß diskutiert. Besonders die „JungdemokratInnen" vertreten diese Forderung, und auch das neue Programm von REVOLUTION, die *Grundsatzpositionen*, beinhaltet diese Forderung. Auf unserer internationalen Konferenz wurde diese Position mehrheitlich beschlossen, aber die inhaltliche Debatte zum Thema konnte nur angeschnitten werden. Es gibt unterschiedliche Meinungen innerhalb von REVOLUTION, und das wollen wir keineswegs verheimlichen. Als Gruppe werden wir die beschlossene Position vertreten, aber wir wollen beide Seiten zu Wort kommen lassen, da diese Debatte unter praktisch allen linken SchülerInnenstrukturen geführt wird. In Zukunft soll eine Debattenseite in jeder Ausgabe unserer Zeitung erscheinen, um Debatten innerhalb von REVOLUTION aber auch mit anderen linken Gruppen zu ermöglichen.

Auf ☛ forum.revolution.de.com kannst du mitdiskutieren!

ICH WILL KEINE ZAHL SEIN!

Wenn Menschen den Kapitalismus kritisieren, dann ist einer der häufigsten Punkte der ständige Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Menschen und in der gesamten Menschheit überhaupt. Kein Wunder also, dass SchülerInnen in der kapitalistischen Gesellschaft schon sehr früh „beigebracht" wird, ständig miteinander zu konkurrieren, und der einfachste Weg, um das zu tun, ist die Einordnung der SchülerInnen durch Noten.

Dadurch, dass Noten Zahlen sind, erwecken sie den Anschein vollständiger Objektivität und Neutralität, obwohl Studien zeigen, dass gerade dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil! Die Analyse von Noten zeigt, dass sie gerade das nicht erfüllen können, was wir von ihnen erwarten: präzise Information über den Leistungsstand. Noten beinhalten gar nicht genug Informationen, um präzise zu sein. Tatsächlich kann ein und diesselbe Note für völlig unterschiedliche Leistungen stehen. Ein/e faule/r SchülerIn kann dieselbe Note erhalten wie ein/e hart Arbeitende/r, wenn seine/ihre Antworten dafür „richtiger" sind.

Außerdem kann die gleiche Leistung völlig unterschiedliche Noten zum Ergebnis haben, abhängig von LehrerInnen, der Klasse, der Schule, der Stadt, usw.

Menschen stellen sich Noten als neutral und fair vor, obwohl in der Realität völlig unterschiedliche Leistungen und Erwartungen hinter diesen Zahlen stecken. Da diese allerdings nicht zu erkennen sind, sind wir dazu gezwungen, die Noten als gleichwertig zu sehen, und kreieren dadurch eine Vergleichbarkeit, die so gar nicht existiert.

Was ist nun die Alternative zu den selektierenden Noten? Das kann nur eine schriftliche Bewertung sein. Ein solcher Text ist natürlich nicht objektiver als Noten, aber wenigstens suggeriert er das auch nicht. Allerdings ist damit nicht alles getan! Nichts wird sich ändern, wenn Nummern nur gegen die immer wieder gleichen Sätze ersetzt werden. Stattdessen sollten LehrerInnen mit ihren SchülerInnen zusammen an der Bewertung ihrer Leistungen arbeiten. LehrerInnen müssten dann zu einer sensiblen Wertung ihrer SchülerInnen gebildet werden, die weit über das einfache Notensystem hinausgeht, und sie befähigt, ihre Vorankomnisse kritisch zu werten.

Das ist natürlich deutlich komplexer als einfach eine Zahl auszuwählen, aber dieser lohnenswerten Schwierigkeit könnte man begegnen, indem man die Klassen und Stundenzahlen. reduziert. Es gibt keinerlei Grund zu glauben, dass ein erweiterter Selbstbewertungsprozess die Motivation zum Lernen zerstört – Studien dazu beweisen das Gegenteil, denn wer selbst das Lernen bestimmt, hat mehr Motivation dabei. Aber es gibt einen Grund für fundierte schriftliche Bewertung und das ist eine freie Bildung für alle Individuen.

von Evey, Revo Berlin

ICH WILL WISSEN, WIE ICH STEHE

Dem Kapitalismus ist es gelungen, ein allgemeines Bildungssystem hevorzubringen und er hat damit, zusammen mit anderen Faktoren, „einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen" (Marx und Engels). Gleichzeitig ist das Bildungssystem des Kapitalismus ein Ort, wo Menschen mit kapitalistischer Propaganda vollgestopft werden. Daher ist es notwendig das Bildungssystem zu verändern. Doch die Abschaffung von Noten wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

In der Schule werden wir von unseren LehrerInnen benotet. Von daher können Noten auch niemals zu 100% objektiv sein, denn LehrerInnen sind ebenso Menschen und sind daher nicht in der Lage Faktoren wie Symphatie aus ihrer Bewertung vollständig zu entfernen. Ich bin allerdings nicht davon überzeugt, dass die Abschaffung von Noten diese Schwäche eliminieren wird, paradoxerweise könnte es das Ganze noch schlimmer machen. Ohne Noten ist es für SchülerInnen unmöglich, ihre Leistungen und Wissensstand mit KlassenkameradInnen zu vergleichen.

Nehmen wir mal ein Beispiel: Bei einer schriftlichen Prüfung über den Ersten Weltkrieg beantwortest du neun von zehn Fragen korrekt, während jemand, der nicht für den Test gelernt hat, nur drei von zehn Fragen richtig beantwortet. In einen Sytem mit Noten hättest du 90% korrekt beantwortet und der Andere 30%. Das könnte ebenso die Benotung sein. Oder die Noten 1 bzw. 4, das hängt von der Notenspanne ab. Mir ist bewusst, dass die Benotung von 1-5 manchmal ungerecht sein kann, aber das kann kein Grund für die Abschaffung von Noten insgesamt sein. Was würde in einem System ohne Noten passieren? Der/die Lehrer/in würde sagen: „Du bist gut, du hast genug gelernt, dein Mitschüler nicht." Aber woher sollen wir wissen, was genug ist? Noten sind eine Interpretation deiner Leistung, nicht deiner Persönlichkeit.

Der Umgang mit Noten sollte sich verändern und nicht abgeschafft werden. Noten durch kleine Texte zu ersetzen ist nur ein winziger Schritt, um unfaire Bewertung in Schulen zu bekämpfen. Stattdessen sollten wir Vorschläge machen, wie man unser Wissen objektiver bewerten könnte. Tatsächlich ist ein Vorteil von schriftlicher Benotung, dass die eigenen Stärken und Schwächen präziser ausgesprochen werden und dass Möglichkeiten zur Verbesserung aufgezeigt werden. Derartiges sollte natürlich Teil schulischer Bewertung sein, macht allerdings nicht die Abschaffung von Noten nötig. Denn gleichzeitig besteht die Gefahr, dass ohne gute und klare Bewertungsmaßstäbe für kleine Kinder, die die Bedeutung von Bildung für die persönliche Entwicklung noch nicht verstehen, keinerlei Motivation und Möglichkeit vorhanden ist, um sich mit Anderen zu vergleichen.

Die Debatte um Noten ist recht zweitrangig, betrachtet man andere Probleme in der Schule. In Tschechien beispielsweise existiert eine starke rassistische Diskriminierung von nicht-weißen SchülerInnen. Und das ist deutlich wichtiger als die Abschaffung von Noten zu diskutieren!

von Roman, Revo Prag



Kapitalismus

Es wird wieder über **Kapitalismus** gesprochen. Dabei bleibt leider oft der gesamte Inhalt des Begriffs auf der Strecke, ob bei „antikapitalistischen" Nazis, welche im Kapitalismus vor allem die „Zinsknechtschaft durch das Finanzjudentum" sehen, oder bei den KritikerInnen des „Turbokapitalismus", die vor allem die neoliberale Gangart des Kapitalismus im Gegensatz zur sozialpartnerschaftlichen und staatlich regulierten Gangart ablehnen. Das Verständnis der Welt, in der wir leben, ist die Grundlage dafür, diese Welt zu verändern. Deshalb messen wir MarxistInnen der sorgfältigen Analyse des Kapitalismus größte Bedeutung zu.

1. Die Grundlagen

Kapitalismus bedeutet soviel wie „Ordnung des Kapitals", was dem Ganzen schon recht nahe kommt. Kapitalismus ist eine historische Gesellschaftsformation: Historisch bedeutet, dass der Kapitalismus nicht schon immer da war und auch nicht immer da sein wird, dass er sich also unter bestimmten Bedingungen entwickelt hat und auch wieder vergehen wird. Der Kapitalismus ist die jüngste Form einer ganzen Reihe von Klassengesellschaften, welche in der Menschheitsgeschichte entstanden und vergangen sind: Feudalismus, SklavInnenhalterInnengesellschaft usw. Während in den vorhergegangenen Gesellschaften diese Klassen auf direkter Unterdrückung der Beherrschten durch die HerrscherInnen basierten, sind die Dinge im Kapitalismus etwas subtiler.

Die unterdrückte Klasse im Kapitalismus, das Proletariat oder ArbeiterInnenklasse, ordnet sich der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie oder KapitalistInnenklasse, unter – nicht weil sie unmittelbar mit Waffengewalt oder dergleichen dazu gezwungen wird, sondern sie macht dies scheinbar „freiwillig". Im Kapitalismus nehmen sämtliche Güter die Form von Waren an, d.h. sie werden auf einem Markt zu ihrem Gegenwert getauscht. Dieser Gegenwert wird durch Geld vermittelt – Geld scheint die unmittelbare Verkörperung von Wert zu sein. Wenn mensch sich also mit den Gütern versorgen will, welche zum Überleben notwendig sind, muss mensch diese als Waren mit Geld auf dem Markt kaufen.

Die beiden großen Klassen im Kapitalismus unterscheiden sich dadurch, wie sie diesen Gegenwert erhalten. Beide Klassen sind PrivateigentümerInnen – der Mensch als PrivateigentümerIn ist deshalb die rechtliche Grundlage des Kapitalismus. Die KapitalistInnen besitzen Produktionsmittel, also Maschinen, Werke, Fabriken und der gleichen. Diese könnnen Waren schaffen, wenn sie bedient werden. Die ProletarierInnen besitzen als einziges ihre Arbeitskraft, welche sie den KapitalistInnen für einen Lohn zur Verfügung stellen müssen. Mit dieser Arbeitskraft bedienen sie die Produktionsmittel der KapitalistInnen und schaffen so Produkte, welche dann als Waren den Markt betreten. Die KapitalistInnen erhalten ihren Reichtum durch den Verkauf dieser von den ArbeiterInnen geschaffenen Waren.

2. Der Mehrwert

Dieses Verfahren erscheint aber nicht als unrechtmässige Aneignung, da die KapitalistInnen die Arbeitskraft der ArbeiterInnen ebenfalls als Ware kaufen. Es liegt in der Natur der Ware, dass die KäuferInnen frei über sie verfügen dürfen. Die ArbeiterInnen können aber mehr Reichtum schaffen, als ihre Arbeitskraft wert ist, da sie mehr schaffen können, als sie zum Überleben brauchen. Der Preis der Arbeitskraft ist aber gerade dadurch bestimmt, dass sie einen Lohn erhalten, der ihnen zum Überleben reicht. Die KapitalistInnen eignen sich so beständig einen Überschuss an Arbeit der ArbeiterInnen, also einen Mehrwert, an. Dieser abgezwackte Mehrwert ist die Grundlage des kapitalistischen Profits. Die KapitalistInnen wollen mit diesem Mehrwert aber nicht einfach mehr Produkte kaufen als die ArbeiterInnen, sondern durch die Konkurrenz zu anderen KapitalistInnen sind sie genötigt, immer mehr zu investieren, um höhere Profite zu bekommen. **Fressen oder gefressen werden** ist die Grundmaxime des kapitalistischen Marktes.



3. Die Krisen



New Yorker Börse (von Wikipedia)

Im Kapitalismus dreht sich alles darum, noch höhere Profite zu erwirtschaften. Diesem Bedürfnis des Kapitals nach Verwertung muss sich der Mensch in sämtlichen Aspekten seines Lebens unterordnen – die „Sachzwänge" gewinnen die Überhand über die Menschen. Kommt das Kapital in eine Phase, in der es sich nicht mehr verwerten kann, also keinen Profit mehr abwirft, kommt es zur Krise. ArbeiterInnen verlieren ihre Stellen, die Preise steigen, die Löhne werden gedrückt, um noch das letzte bisschen Mehrwert aus den ArbeiterInnen zu pressen, und staatliche Sozialleistungen werden gekürzt. Nützen alle diese Maßnahmen nichts, schaltet der Kapitalismus noch einen Gang rauf: Krieg, Faschismus und die Massenvernichtung von Mensch und Produktionsmittel ist der letzte Halt für den Kapitalismus in der Krise.

Zu Krisen kommt es immer wieder; Sie kommen nicht von außen, sondern wohnen den Produktionsverhältnissen inne. Es ist der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Menschen und dem Bedürfnis des Kapitals nach Verwertung, der latent ist und immer wieder ausbricht. Der Kapitalismus ist von Widersprüchen nur so durchzogen – mehr noch, er ist ein einziger Widerspruch, der der Menschheit auf dem Pfad zu ihrer Befreiung wie ein riesiger Felsen im Weg liegt. Genau aus diesen Widersprüchen, insbesondere aus den widersprüchlichen Interessen von ProletarierInnen und KapitalistInnen, erwächst aber auch die Perspektive, den Felsen aus dem Weg zu sprengen und so den Kapitalismus zu überwinden.

Die ArbeiterInnen kommen im Kapitalismus immer unter die Räder – in der Krise werden sie bis an den Rand der physischen Vernichtung gedrängt. Sie haben keinerlei Interesse, diese Gesellschaftsform aufrecht zu erhalten. Die ArbeiterInnenklasse ist Milliarden von Menschen stark und kann, wenn sie entschlossen kämpft, das ganze System lahm legen und durch eine Revolution überwinden. Wenn sie ihre eigene Stärke und die Notwendigkeit eines Umbruches erkennt, wird die Welt aus den Angeln gehoben und der Kapitalismus wird im wahrsten Sinne des Wortes eine „historische" Ordnung werden.

von Alan, Revo St. Gallen





Rage Against the Machine

Nach den Vorkontrollen stehen wir nun in der Zitadelle in Berlin-Spandau, die später mit gut 13.000 Menschen sehr gut gefüllt sein wird. Nach der Vorband, Anti-Flag, und einer dreiviertel Stunde Pause donnern die ersten Takte von Testify aus den Boxen: The Battle of Berlin begins. Und zwar richtig. Die Masse rasten direkt am Start schon vollkommen aus.

Die Stimmung ist erstklassig, genauso wie die Setlist, die so gut wie alle Klassiker der Band enthält. Nach einer guten Stunde ist plötzlich Schluss: „Das kann es doch nicht gewesen sein" denke ich mir und schau in die verwirrten Gesichter der umstehenden Menschen. Doch was ist das für eine Melodie? „Nein, das ist doch jetzt nicht die ... doch ... es ist die Internationale!" Aber selbst in den nächsten zwei Minuten werden sich weitenteils die verwirrten Blicke nicht ändern – selten sehe ich jemanden mitsingen. Es ist schon traurig, mit anzusehen, das gut zwei Drittel der BesucherInnen eines RATM Konzertes die Internationale scheinbar nicht kennen.

Die Band kommt zurück auf die Bühne und richtet Grüße an George Bush, der zur selben Zeit in Berlin verweilt, welche von geschätzten 10000 erhobenen Mittelfingern untermauert werden. Das war dann auch schon das Ende der Verschnaufpause und die Schlacht geht in die zweite Runde. Nach nicht ganz zwei Stunden ist der Kampf vorbei. Der Blick in die anderen Gesichter lässt extreme Erschöpfung aber auch Befriedigung erahnen.

Ob sich die 50 Euro für den Eintritt gelohnt haben, lasse ich jetzt mal offen stehen. Dass die Tour-Shirts 35€ pro Stück kosten sollten, zeigt, dass der Kommerz nicht an der Band vorrüber gegangen ist. Dies war definitiv eins der besten Konzerte, auf denen ich bis dato gewesen bin. Die Band wirkte teilweise etwas unmotiviert, so dass ich mir nicht sicher bin, ob ihre Wiedervereinigung aus antikapitalistischer Überzeugung oder Geschäftssinn geschehen ist!

von Walter, Revo Berlin

Panteón Rococó

Das Symbol – ein Totenschädel mit einer Melone, auf der ein roter Stern abgebildet ist – könnte von so ziemlich jeder linken Punkgruppe stammen. Dennoch bietet die mexikanische Ska-Band Panteón Rococó etwas Besonderes an: „música con conciencia y resistencia", also Musik mit Bewußtsein und Widerstand.

Seit 1995 spielt die Band aus Mexiko-Stadt eine Mischung aus Ska, Punk, Salsa, Cumbia und Reggae. Die Gruppe entstand im Rahmen der Solidaritätsbewegung mit dem zapatistischen Aufstand im südmexikanischen Chiapas, was bis heute ihre Texte und Auftritte prägt: *„Alle mexikanischen Ska-Bands sind sehr politisch: Autonomie, Freiheit, Selbstverwaltung"*, meint Saxophonist Missael Oseguera dazu.

Die Band trat zusammen mit Manu Chao bei zapatistischen Großkundgebungen in Mexiko-Stadt mit hunderttausend TeilnehmerInnen auf, aber auch bei unzähligen Studierendenkundgebungen, in Gewerkschaftshäusern und sozialen Zentren. Beim Konzert in der Berliner Arena hing die schwarze Fahne der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung EZLN vor den Bongos. Aber die Band spielt auch gekonnt auf der Klaviatur politischer Codes hiesiger Linker: Vor dem Keyboard hing die Fahne des FC St. Pauli.

Die Texte von Panteón Rococó sind politisch, so in der neuen Ballade für die EZLN: „Ich trage ein T-Shirt mit einem roten Stern, und ich glaube nicht, daß das nur Mode ist."

Doch selbst bei guten Spanischkenntnissen ist der typisch mexikanische, unheimlich schnelle Gesang eine Herausforderung. Bei einem Lied gegen den Irak-Krieg, das »Mister Bush« gewidmet war, mußten die Sänger extra langsam singen, *„so you can understand every motherfucking word I am saying"*.

Trotz der sprachlichen Schwierigkeiten haben Panteón Rococó auch in der BRD – vor allem durch endlose Festivalauftritte – eine wachsende Fangemeinde. Die Konzerte sind voll zu empfehlen.

von Wladek, Revo Berlin

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

Schulstreik!

11.-12. Oktober: SchülerInnenkongress, TU Berlin

12. November bundesweiter Schulstreik!

Das Bildungssystem der BRD steckt in der Krise. Das ist selbst für die Regierung klar: Sie plant für den 22. Oktober einen „Bildungsgipfel". Das schlechte Abschneiden der deutschen Schulen und Unis im internationalen Vergleich bedeutet nicht nur Stress für SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen. Auch die Herrschenden sind unzufrieden: sie wollen auf der einen Seite eine verblödete Masse, die billigen Arbeitskräfte von morgen, und auf der anderen Seite eine gut gebildete Elite, die die deutsche Wirtschaft voranbringen soll. Deswegen bietet die Regierung „Lösungen" wie Privatschulen, Elite-Unis usw., die die Perspektivlosigkeit der meisten SchülerInnen in der BRD aber nur noch verschärfen werden. Aber die SchülerInnen warten nicht auf die Regierung, sondern nehmen die Sache selbst in die Hand.

Schulstreiks überall

Allein in den letzten Monaten gab es Streiks in Lüneburg (8. Mai), Berlin (22. Mai), Tübingen, Oldenburg, Kassel, Frankfurt (12. Juni), Hannover (19. Juni) und in vielen kleineren Städten. Am 16. Juni gab es wieder einen Schulstreik in Berlin, der sich gegen die Wiederholung einer zentralen Mathe-Prüfung richtete. Insgesamt waren **über 25.000 SchülerInnen in ganz Deutschland an den Protesten im letzten Monat beteiligt** (auch Studierende und LehrerInnen haben zur gleichen Zeit für ihre Forderungen demonstriert). Von den rund 8 Millionen SchülerInnen in der BRD ist das natürlich nur ein Bruchteil – aber diese 25.000 SchülerInnen könnten die ersten AktivistInnen einer wirklich großen SchülerInnenbewegung sein.

SchülerInnen wurden mit schlechten Noten, unentschuldigten Fehltagen und anderen Strafen bedroht. In manchen Fällen wurden SchülerInnen sogar in den Gebäuden eingeschlossen! Aber dort, wo die SchülerInnen sich im Vorfeld organisiert hatten und viele zum Streik mitkamen, konnten die angedrohten Repressionen nicht durchgesetzt werden.

Aus all diesen Aktionen soll eine große, bundesweite Protestbewegung wachsen. Im Gespräch ist ein bundesweiter Streiktag am 12. November. Davor soll es auch eine Reihe von lokalen und bundesweiten Treffen, Aktionen an Schulen und Proteste gegen den „Bildungsgipfel" der Regierung geben. Am 12. November soll es ausdrücklich keinen „Schulstreik" sondern einen „Bidlungsstreik" geben – d.h. SchülerInnen und Studierende sollen gemeinsam auf die Straße gehen.

LehrerInnen und andere ArbeiterInnen im Bildungssystem haben auch Grund genug zu protestieren. Aber ihre Gewerkschaften, GEW und ver.di, haben die Schülerproteste bisher nur sehr zurückhaltend unterstützt: in den meisten Städten hielt irgendein Funktionär einen Redebeitrag auf einer Kundgebung und zeigte sich mit den Anliegen der SchülerInnen solidarisch. Aber sie mobilisierte ihre Basis, also die LehrerInnen, HausmeisterInnen usw., nicht zu gemeinsamen Protesten mit den SchülerInnen.

Bildungsproteste in Frankreich, Griechenland und Chile zeigen, dass eine gemeinsame Bewegung von SchülerInnen, Studierenden und LehrerInnen möglich ist – und dass sie ein ganzes Land lahm legen kann. Diese **Einheit zwischen ArbeiterInnen und Jugendlichen muss erkämpft werden**, indem SchülerInnen nicht nur mit den Gewerkschaftsspitzen verhandeln, sondern auch bei den LehrerInnen an der Gewerkschaftsbasis um Unterstützung werben!

Es ist bemerkenswert, wie diese Proteste der letzten Monate „von unten" entstanden sind. Die ganze Initiative für den bundesweiten Schulstreik am 12. Juni kam von einer kleinen SchülerInnengruppe aus Tübingen - und führte zu einem Protesttag mit 15.000 TeilnehmerInnen! Der Aufruf zum Streik gegen die Prüfungswiederholung in Berlin wurde von zwei SchülerInnen ins Netz gestellt – und von 3.000 SchülerInnen befolgt! Das zeigt, welches enorme Potential vorhanden ist.

Um die Proteste längerfristig voranzutreiben, muss sich die Basis der SchülerInnen viel besser organisieren: **an jeder Schule müssen Streikkomitees, Politik-AGs, linke Gruppen usw. entstehen.** Nach den Erfolgen der letzen Streiks sind sehr viele neue SchülerInnen aktiv geworden, und sie sollen möglichst aktiv bleiben. Klar, das ist nicht immer einfach, aber sobald es einen kleinen Kern von AktivistInnen in der Schule gibt, die jede Woche etwas organisieren, können sie in der Regel ziemlich viele SchülerInnen mitziehen.

Welche Forderungen?

Die konkreten Probleme der SchülerInnen sind von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Aber unsere Forderungen sollten sich an den folgenden Punkten orientieren:

- ★ Kostenlose Bildung für alle! Nein zu Studien- und sonstigen Gebühren! Für die volle Lernmittelfreiheit!
- ★ Nein zur sozialen Selektion! Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem!
- ★ Für kleinere Klassen! Für die Einstellung von tausenden neuen LehrerInnen! Für Arbeitszeitverkürzung bei den LehrerInnen!
- ★ Nein zum „Turbo-Abitur", „G8" (nicht die „Gruppe der Acht" sondern das „Gymnasium in 8 Jahren"), usw.
- ★ Gegen die Privatisierung der Bildung!
- ★ Für selbstverwaltete SchülerInnenräume und Jugendzentren!
- ★ Für Politik-AGs, Streikkomitees und ähnliche Basisstrukturen der SchülerInnen!
- ★ Für selbstbestimmtes Lernen! Die SchülerInnen und LehrerInnen müssen die Lerninhalte selbst kontrollieren!
- ★ Für radikale Protestformen wie Straßenblockaden und Schulbesetzungen! Kämpfen wie in Frankreich (oder Chile)!
- ★ Für Solidarität zwischen Jugendlichen und ArbeiterInnen! SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen müssen gemeinsam streiken!

Für einen **heißen Herbst** an den Schulen und Universitäten!

Statement von REVOLUTION, 4. Juli 2008 (gekürzt)

siehe auch S. 11-13 zum Thema Bildungsproteste

